



Der

# Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gesp. Zeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche (Inserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 1.

Sonntag den 4. Januar.

1903.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

## Nur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

### Die Cigarrenmacherei in den Kleinstaaten.

Die Entwicklung der Cigarrenindustrie hat zu einer merkwürdigen Verschiebung der Produktionsstätten geführt. Leipzig und Bremen, sicherlich noch immer hochwichtige Zentren für die Herstellung von Cigarren, haben an Bedeutung in den letzten zwei Jahrzehnten erheblich eingebüßt, während im Großherzogtum Baden, in den Thüringischen Staaten, in Oldenburg und in anderen kleinen Bundesstaaten die Cigarrenindustrie an Umfang und Bedeutung erheblich zugenommen hat. Wir wollen mit Rücksicht hierauf, nachdem wir die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für die größeren Staaten schon besprochen haben, heute die leider recht spärlichen Feststellungen der Fabrikspektoren in den kleineren Bundesstaaten zusammenzutragen.

Betrachten wir in erster Linie wieder die Beobachtungen über die Durchführung der Bundesratsverordnung für die Cigarrenmacherei. Der Aufsichtsbeamte für Mecklenburg-Schwerein stellt fest, daß sich immer einzelne Betriebe in kleineren Orten finden, wo die Bestimmungen überhaupt nicht bekannt geworden sind, aber auch wo dies der Fall ist, fand er die Vorschriften über die Reinhaltung der Fußböden sehr mangelhaft beobachtet. Der Aufsichtsbeamte für Oldenburg klagt darüber, daß alljährlich in Cigarren- und Tabakfabriken Verhandlungen über das Waschen der Wände geführt werden müssen. Er glaubt, die Erneuerung des Kalkanstriches der Arbeitsräume innerhalb einer ein- und zweijährigen Frist fordern zu sollen. Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß das englische Arbeit- und Werkstattegesetz schon seit Jahrzehnten ganz genaue Bestimmungen über das alljährlich statzufindende Waschen der Fabrikwände enthält. Aus dem Fürstentum Lippe wird gemeldet, daß ein Cigarrenfabrikant erst angewiesen werden mußte, für seinen nicht drei Meter hohen Arbeitsraum die erforderliche Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde einzuholen. Eigentlich erscheint diese Genehmigung des Aufsichtsbeamten ein wenig seltsam. Nach dem 10jährigen Rechtskraft der Bekanntmachung hätte der Aufsichtsbeamte die Verletzung des Unternehmers in die Wege leiten müssen, statt ihn zu veranlassen, eine Ausnahmebestimmung an sich zu fordern. Der gleiche Unternehmer mußte zu größerer Reinhaltung der Arbeitsräume angehalten werden. Der Aufsichtsbeamte für das Unterelbe bemerkt, daß mit Ausnahme von 4 oder 5 Betrieben alle revidierten Betriebe einen empfindlichen Mibstand aufwiesen: die Fußböden wurden mehrmals am Tage während der Arbeitszeit trocken und ohne Vorsicht gefegt, so daß viel zum Husten reizender Staub in die Luft kam. Bevor Abhilfe geschaffen werden konnte, lief auch eine hierauf bezügliche Beschwerde eines Krankenkassenarztes ein, der mit Recht darauf hinwies, daß dadurch die Gesundheit der Arbeiter gefährdet sei: diese Beschwerde des Arztes gab eine wesentliche Unterstützung für die Vermittlung der Gewerbeinspektion ab.

Die einleitenden Bemerkungen zu diesem Artikel werden bestätigt durch eine Bemerkung des Gewerbeaufsichtsbeamten für Bremen, der feststellt, daß der Betrieb der größeren Cigarrenfabriken am Orte meist auf das Notwendigste eingeschränkt wird, und daß das schon lange vorherrschende Bestreben, die Fabrikation nach Orten mit billigeren Arbeitskräften zu verlegen, auch weiterhin besteht. Dasselbe hat eine stete Abnahme in der Zahl der Beschäftigten unserer Branche zur Folge. Gegen das Vorjahr nahm die Zahl der Beschäftigten um 10,96 Prozent ab. Merkwürdigerweise scheint aus den Bemerkungen des Aufsichtsbeamten hervorzugehen, daß parallel mit dem Bestreben der Unternehmer, ihre Betriebe von Bremen nach Orten mit ganz niedrigen Arbeitslöhnen zu verlegen, eine weitere Entwicklung dahin geht, die Hausindustrie in Bremen auszuweiden. Es scheint sich dies daraus zu erklären, daß die aus der Cigarrenindustrie Hinausgedrängten, vor allem die älteren Personen, den Ort ihres langjährigen Wohnsitzes nicht verlassen wollen und deswegen in Bremen selbst unter den ruinösen Verhältnissen der Hausindustrie zu verbleiben bestrebt sind.

Ueber die ungesetzliche Beschäftigung von Kindern wird aus dem Fürstentum Lippe berichtet, daß in einer kleinen Cigarrenfabrik neben sechs älteren Arbeitern zwei Schulknaben an den Nachmittagen regelmäßig beschäftigt wurden. Der Unternehmer, der seinen Betrieb selbst leitete, gab die komische Antwort, daß er die Beschäftigung der Kinder niemals gesehen habe. Längerer Verhandlungen bedurfte es, um diesen merkwürdigen blinden Unternehmer zu einer Geldstrafe von 5 Mark zu verhelpen. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Strafe andere Unternehmer veranlassen wird, die dem Gesetze widersprechende Kinderausbeutung künftig zu unterlassen. Leider findet sich über diese Verhältnisse außerordentlich wenig in den Berichten; man könnte höchstens die Bemerkung aus Anhalt anführen, daß man in einer

größeren Cigarrenfabrik von der Abschließung von Lehrverträgen wieder Abstand genommen hat, weil die Verträge von den jugendlichen Arbeiterinnen nicht innegehalten wurden. Die Ueberarbeit der Arbeiterinnen kommt zwar unzweifelhaft vor, doch wird von ihr in den Berichten eigentlich gar nicht gesprochen, dagegen finden sich eine Reihe von Bemerkungen über die Zunahme der Arbeiterinnen im Verhältnis zu den Arbeitern.

Auch über die Heimarbeit finden wir leider trotz ihrer außerordentlich sozialpolitischen Wichtigkeit fast gar nichts in den Berichten der Aufsichtsbeamten. Etwas haben wir darüber aus Bremen schon berichtet. An anderer Stelle schreibt der Aufsichtsbeamte für Bremen, daß er bei einer Kontrolle von Heimarbeitbetrieben in unserer Branche den Eindruck gewonnen habe, daß die Verhältnisse der mit ihren Männern zusammenarbeitenden Frauen fast durchschnittlich schlechter lagen als die der in den Fabriken beschäftigten. Eine 15 stündige Arbeitszeit bildet fast die Regel und dies in Räumen, welche manchmal aller Beschreibung spotten, in denen nicht bloß fabriziert wird, sondern auch eine Kinderkrippe sich fast den ganzen Tag aufzuhalten gezwungen ist. Solchen Verhältnissen entsprach auch meist das Aussehen der Frauen, welche fast ausnahmslos fränzlich und schlecht genährt zu sein schienen. Ähnlich ist der Eindruck, den der Aufsichtsbeamte für Lippe über die Cigarrenhausindustrie seines Bezirks erhielt. Er stellte fest, daß die Verhältnisse der Arbeiter dort ausnahmslos ungünstiger lagen als in den Fabriken; einzelne Arbeitsräume fand er so niedrig, daß erwachsene Personen in denselben nicht aufrecht stehen können. In den meisten Fällen wird im gemeinsamen Wohnzimmern oder in der Küche gearbeitet, oftmals wird im Wohnraum gearbeitet und gekocht; häufig herrscht große Unsauberkeit. In einer schmutzigen Küche arbeiteten Mann, Frau und Sohn. In einem kleinen besonderen Arbeitsraum, der nur 1,7 Meter hoch, jedoch sehr sauber gehalten war, arbeitete ein erwachsener Arbeiter, um nicht die Gesundheit seiner Familie durch das Arbeiten im Wohnraume zu schädigen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, ist der Hausarbeiter nicht in der Lage, sich einen geeigneten Arbeitsraum beschaffen zu können. Jedoch sind, so fährt der Aufsichtsbeamte fort, diese Verhältnisse nicht überall gleich; während in dem einen Orte fast jeder Hausarbeiter einen besonderen und sauber gehaltenen Arbeitsraum, wenn auch nur von sehr geringem Rauminhalte hatte, wurde in einem anderen Orte in der Regel in gemeinsamen Wohnräume gearbeitet, wo dann die Keinslichkeit sehr viel zu wünschen übrig ließ. Von den verschiedenen Ursachen zur Begünstigung der Hausindustrie erwähnt er, daß einzelne Firmen ungenügende oder überhaupt keine Arbeitsräume zur Anfertigung von Cigarren besitzen. So beschäftigte eine Firma in der Fabrik nur 8 Personen mit dem Sortieren und Verpacken, während sämtliche Cigarren ausschließlich von etwa 45 Heimarbeitern angefertigt wurden. Diese Erklärung klingt ein wenig komisch. Der Nichtbesitz von Räumen ist es nicht, der die Hausindustrie verursacht, sondern so weit dieser Gesichtspunkt überhaupt in Frage kommt, ist es die Erwägung des Unternehmers, daß er den Heimarbeiter, obgleich er bei ihm den Arbeitsraum, die Beleuchtung, die Beheizung und die Reinigung der Werkstätten erspart, doch keinen höheren Lohn zu zahlen braucht, als dem in der Fabrik beschäftigten Arbeiter, für den er noch oft Vorarbeiter oder sonstiges Hilfspersonal zu bezahlen hat. Ja, der Heimarbeiter arbeitet ihm leider meist auch noch billiger, als der in der Fabrik thätige, er fühlt sich nicht so enge verknüpft mit der Organisation, er ist dem Unternehmer somit aus vielen Gründen, von denen wir nur einzelne angeführt haben, vorteilhafter und angenehmer, wie der im geschlossenen Betriebe Beschäftigte. Deswegen ist die Entwicklung in der Cigarrenindustrie auf die Ausweiden der Heimarbeiter gerichtet. Nur Naive können von der Einsicht der Unternehmer erwarten, daß diese Entwicklung andere Richtungen einschlagen werde. Wenn wir nicht scharf einschneidende gesetzliche Bestimmungen erhalten, die dieser Entwicklung Stillstand gebieten, so werden die Verhältnisse in unserer Industrie, wie das ja durch die letzte Statistik unseres Verbandes so augenfällig nachgewiesen ist, immer traurigere und bedenklichere werden. Man hat sich innerhalb der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren mehr als nötig darüber herumgestritten, ob die Verelendungstheorie für die Arbeiter Geltung habe oder nicht. Für uns in der Cigarrenindustrie brauchte, wenn wir nur unsere Verhältnisse in Betracht ziehen, kein Streit zu walten. Bei uns sind die Erscheinungen der Verelendung der Arbeiter unseres Gewerbes unzweifelhaft, während es an Beispielen fast völlig fehlt, mit denen man die Aufsteigen der Arbeiterklasse in der Cigarrenindustrie nachzuweisen vermöchte.

### Zum Kampf des Vorstandes des Tabakarbeiter-Verbandes gegen den Sortiererverein.

In drei langen Artikeln suchte der Vorstand in Nr. 48, 49 und 50 des Tabak-Arbeiters sein statutenwidriges Vorgehen gegen den Sortiererverein zu rechtfertigen. Und wenn nun der Vorstand noch so starke Ausdrücke wählt und jeden Kollegen, der sich erlaubt, anderer Meinung zu sein, nach einer in vergangenen Zeiten beliebten, in der modernen Arbeiterbewegung aber glücklich abgethanen Methode, einen Schurken oder Dummkopf schilt, er kann die Thatsache nicht hinwegdisputieren, daß sein rigoroses Vorgehen gegen den Sortiererverein allen bisher auf Kongressen und in Generalversammlungen gefaßten Beschlüssen geradezu Sohn spricht.

Ich hatte nicht die Absicht, mich in diesen unerquicklichen Streit hineinzumischen — mein Schweigen würde aber zweifellos falsch gedeutet werden, nachdem der Vorstand mich als „Herr“ v. Elm der gesamten Kollegenschaft vorführt. Es ist ja sonst nicht üblich, daß Kollegen, die seit langen Jahren Mitglied im Tabakarbeiterverband sind, die mit den Kollegen im härtesten Kampf an leitender Stelle Schulter an Schulter gestanden haben, im Tabak-Arbeiter mit „Herr“ tituliert werden. Alle die äußerst „würdigen“ Bemerkungen von den Hintermännern, den Protektoren des Organisations, die der „nichtwürdigen“ Verächtlichmachung und schädigenden Herabsetzungen des deutschen Tabakarbeiterverbandes, der „heimtückischen Zugrundebringung desselben“ geziehen werden — heraus mit der Sprache — gegen wen sind dieselben gerichtet? Wenn der Vorstand in Bremen glaubt, mit derartigen Verdächtigungen den Beweis seiner „geistigen Befähigung“ zur Leitung des Tabakarbeiterverbandes erbracht zu haben, so habe ich dagegen nichts einzuwenden.

Mit Leuten, deren Hirn so kraftvoll überreizt ist, daß sie nur noch schimpfen und verdächtigen können, sachlich zu diskutieren, ist eine schwere Aufgabe — doch ich schreibe ja nicht für den Vorstand in Bremen; von dem im Tabakarbeiterverband organisierten Kollegen, selbst von denjenigen, die sachlich meinen Standpunkt nicht teilen, habe ich die Ueberzeugung, daß die Kampfesweise des Vorstandes in Bremen von ihnen allseitig entschieden verurteilt wird. Wäre dies nicht der Fall, würde ich die Feder nicht ansetzen, da ich aus Erfahrung weiß, daß es ganz ausgeschlossen ist, jemanden durch sachliche Argumente überzeugen zu wollen, der sich derart in eine Sackgasse verrennt hat, wie die Kollegen im Bremer Vorstand.

Zunächst: Den Artikel im Organisations habe ich nicht geschrieben; das erkläre ich nicht etwa deshalb, um mich zu rechtfertigen, sondern um darzuthun, wie grundlos alle von dem Vorstand auf meine Person abzielenden Verdächtigungen sind. Im übrigen — trotzdem ich keinerlei Mitarbeit an dem Artikel geleistet oder irgendwelche geistige Anregung zu demselben gegeben habe, billige ich den Inhalt desselben vollständig, hätte also gar keine Veranlassung, wenn ich ihn geschrieben, veranlaßt oder angeregt hätte, mich nicht als Verfasser zu bekennen.

Was hat nun der Vorstand sachlich gegen den Artikel zu sagen? Die wiederholt gefaßten Beschlüsse, durch welche beide Organisationen als berechtigt anerkannt werden, kann er nicht aus der Welt schaffen, aber — so behauptet er, die Sortierer sind schuld daran, daß die vom Berliner Tabakarbeiterkongress gewünschte Verschmelzung beider Organisationen nicht stattgefunden hat.

Auf dem Berliner Kongress soll ich als „Bedingung“ einer Verschmelzung die fakultative Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Tabakarbeiterverband gefordert haben.

Der Vorstand scheint der Meinung zu sein, daß die Organisation des Sortierervereins keine demokratische, sondern eine absolutistisch-monarchische ist. „Bedingungen“ konnte ich auf dem Berliner Tabakarbeiterkongress gar nicht bekanntgeben, da ich dazu von keiner Seite beauftragt war, und wenn ich wirklich die Meinung geäußert haben sollte (ich bezweifle, daß dies der Fall war, da ich meines Wissens stets für obligatorische Einführung der Arbeitslosenunterstützung eingetreten bin), daß die Sortierer bei fakultativer Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Tabakarbeiterverband ihre Organisation aufgeben würden, so hätten gerade die späteren Ereignisse den Beweis geliefert, daß ich nicht der unumschränkte Herr und Gebieter der Cigarrensortierer bin, als welchen mich der Vorstand hinzustellen beliebt.

Gegen den Bericht des Kollegen Junge soll ich keinen Widerspruch erhoben haben. „Es stimmt demnach so“ sagt der Vorstand. Er verschweigt, daß ich den Verhandlungen zwischen den beiden Vorständen über eine eventuelle Ver-







